

## Niederschrift

über die 12. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 21.04.2016  
(10. Wahlperiode)

## Tagesordnung

	Seite
<b>Öffentliche Sitzung</b> .....	5
<b>1 Einwohnerfragestunde</b> .....	5
<b>2 Entwicklung der Kriminaldelikte in Meerbusch; Vorstellung durch den Leiter der Polizeiwache Meerbusch, Herrn EPHK Kurt Koenemann</b> .....	5
<b>3 Bedarfsanpassung öffentlicher Telefonstandorte Vorlage: ZD/0366/2016</b> .....	5
<b>4 Zusammenschluss der ITK-Rheinland mit dem IT-Betrieb der Stadt Mönchengladbach Vorlage: ZD/0401/2016</b> .....	5
<b>5 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0372/2016</b> .....	6
<b>6 1. Bericht zur Finanzsituation 2016 zum 31.03.2016 Vorlage: SFI/0119/2016</b> .....	6
<b>7 Anträge</b> .....	7
<b>7.1 Antrag der Fraktion Die Linke und Piraten vom 16. März 2016 betr. Wohnraumschutzsatzung Vorlage: ZD/0109/2016</b> .....	7
<b>8 Anfragen</b> .....	7
<b>8.1 Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 7. März 2016 betr. Abendwochenmarkt Vorlage: ZD/0046/2016</b> .....	7
<b>8.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 12. April 2016 betr. Flüchtlingshilfe Vorlage: ZD/0048/2016</b> .....	7
<b>9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle</b> .....	9
<b>9.1 Betriebsgenehmigung Flughafen Düsseldorf</b> .....	9
<b>9.2 Warnstreik im Rahmen der Tarifverhandlungen</b> .....	9
<b>10 Termin der nächsten Sitzung: 16. Juni 2016</b> .....	10

<b>11</b>	<b>Verschiedenes .....</b>	<b>10</b>
<b>11.1</b>	<b>Änderung des Umsatzsteuergesetzes .....</b>	<b>10</b>
<b>11.2</b>	<b>RWI-Studie .....</b>	<b>10</b>
<b>11.3</b>	<b>Vermarktung altes Bauhofgelände .....</b>	<b>10</b>
<b>11.4</b>	<b>Skaterpark .....</b>	<b>10</b>
<b>11.5</b>	<b>Sirenenstandorte .....</b>	<b>11</b>

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:05 Uhr

Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenkliès Ratsmitglied Vertretung für Ratsfrau Schoppe

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied Anwesend ab TOP 2

#### **von der SPD-Fraktion**

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

#### **von der FDP-Fraktion**

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

Herr Christian Welsch Ratsmitglied Vertretung für Ratsherrn Gabernig

#### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Herr Jürgen Peters Ratsmitglied

Frau Dr. Karen Schomberg Ratsmitglied

#### **von der Fraktion DIE LINKE und Piraten**

Herr Marc Becker Ratsmitglied

#### **von der Fraktion Aktive Bürger Meerbusch - Die Aktiven**

Herr Christian Staudinger-Napp Ratsmitglied

#### **Beratende Mitglieder**

Frau Daniela Glasmacher Ratsmitglied

Herr Wolfgang Müller Ratsmitglied

#### **von der Verwaltung**

Herr Frank Maatz Erster Beigeordneter

Herr Michael Assenmacher Techn. Beigeordneter

Herr Dr. Just Gérard Beigeordneter

Herr Helmut Fiebig Stadtkämmerer

Herr Michael Gorgs Pressereferat

Herr Björn Kerkmann Referent der Bürgermeisterin

Herr Ulrich Mombartz Vorsitzender Personalrat

**Schriftführer**

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

**von der CDU-Fraktion**

Frau Petra Schoppe

Ratsmitglied

**von der FDP-Fraktion**

Herr Thomas Gabernig

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf die verteilte Anfrage der SPD-Fraktion zur Stellenbesetzung im Bereich Asyl / Flüchtlinge hin, die unter TOP 8.2 behandelt werde. Des Weiteren werde sie unter TOP 9 zum weiteren geplanten Vorgehen bzgl. der beantragten Änderung der Betriebserlaubnis des Flughafens Düsseldorf und zu den Auswirkungen des Warnstreiks im Rahmen der Tarifverhandlungen berichten. Der Stadtkämmerer werde unter TOP 11 zu den Auswirkungen der Änderung des Umsatzsteuergesetzes berichten. Einwände hiergegen werden nicht erhoben.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1 Einwohnerfragestunde**

Es ergibt sich keine Fragestellung.

### **2 Entwicklung der Kriminaldelikte in Meerbusch; Vorstellung durch den Leiter der Polizeiwache Meerbusch, Herrn EPHK Kurt Koenemann**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage begrüßt Herrn Ersten Polizeihauptkommissar Koenemann, der anschließend ausführlich einen mündlichen Bericht zur Entwicklung der Kriminaldelikte in Meerbusch erstattet und Nachfragen aus dem Ausschuss zu verschiedenen Deliktbereichen beantwortet. Die Fragestellung, ob das vermehrte Überfahren roter Ampeln durch städtische Blitzer dokumentiert und anschließend geahndet werden kann, wird von Seiten der Verwaltung geprüft. Hierüber wird in einer der nächsten Sitzungen berichtet.

### **3 Bedarfsanpassung öffentlicher Telefonstandorte Vorlage: ZD/0366/2016**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss stimmt dem von der Telekom Deutschland GmbH geplanten Abbau öffentlicher Telefonstandorte zu.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet über den aktuellen Stand der Nachfrage bei der Deutschen Telekom. Danach sehe diese aufgrund der sehr großen Ausstattung der Bevölkerung mit Handys und Smartphones keinen Bedarf, unwirtschaftliche öffentliche Telefonstandorte fortzuführen. Eine Umrüstung bestimmter Telefonstandorte zu Hotspots sei ebenfalls entbehrlich, da bereits genügend Hotspots vorhanden seien, diese jedoch teilweise kaum genutzt würden.

### **4 Zusammenschluss der ITK-Rheinland mit dem IT-Betrieb der Stadt Mönchengladbach Vorlage: ZD/0401/2016**

#### **Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, dem Beitritt des IT-Betriebes der Stadt Mönchengladbach zur IT-Kooperation Rheinland (ITK-R) spätestens zum 01.01.2017, möglichst bereits zum 01.10.2016, zuzustimmen. Gleichzeitig werden die Vertreter der Stadt Meerbusch in der Verbandsversammlung der ITK-R beauftragt, ein entsprechend positives Votum zum Beitritt des IT-Betriebes der Stadt Mönchengladbach abzugeben.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage und beantwortet Nachfragen von Ratsherrn Rettig zu den Personalkosten der ITK-Mitarbeiter sowie von Ratsherrn Peters zu den veränderten Stimmenanteilen in der Verbandsversammlung. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass derzeit ein neues Preisbildungsmodell abgestimmt werde. Das Thema des Meerbuscher Kostenanteils werde wie abgestimmt von den Haushaltsberatungen 2017 in der eingerichteten Arbeitsgruppe erörtert. Eine Kostenbegrenzung könne sicherlich besser realisiert werden, wenn die Anwendergemeinden sich auf einheitliche Verfahren einigen. Der von Ratsherrn Staudinger-Napp angeregte Ausstieg aus der ITK sei jedoch keine wirtschaftliche Alternative, da für die Erledigung der hoch komplexen Aufgaben in der Datenverarbeitung entsprechendes teures Personal vorgehalten werden müsse, welches zudem am Arbeitsmarkt nur äußerst schwierig zu rekrutieren sei.

Ratsherr Becker regt erneut an, dass die Meerbuscher Vertreter in der Verbandsversammlung regelmäßige Berichte zu den dortigen Beratungen und Beschlüssen leisten.

**5            Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass**  
**Vorlage: FB1/0372/2016**

**Beschluss:**

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Meerbusch, den Erlass der beigefügten Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass (Anlage) zu beschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage. Nachfragen ergeben sich nicht.

**6            1. Bericht zur Finanzsituation 2016 zum 31.03.2016**  
**Vorlage: SFI/0119/2016**

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Herr Fiebig erläutert die einzelnen Positionen des Berichts und beantwortet eine Nachfrage von Ratsherrn Rettig zu den Sach- und Dienstleistungen.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist darauf hin, dass der Haushalt für das Jahr 2016 Risiken enthalte und daher alle Beteiligten zu einer hohen Ausgabendisziplin aufgefordert sind. Wo es möglich sei, werde eine Streckung von Maßnahmen geprüft. Auf Nachfragen von Ratsherrn Staudinger-Napp und Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führt sie weiter aus, dass ein Nachtragshaushalt vermieden werden solle, ein Stopp begonnener Maßnahmen wie z.B. die Sanierung des Hallenbades sei jedoch nicht vorgesehen.

Ratsherr Damblon unterstützt diese Planung für seine Fraktion.

Ratsfrau Glasmacher bittet um Auskunft, ob in Meerbusch wie vergleichbar in Dormagen die Aussetzung von Baumaßnahmen zur Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber auf der Grundlage von derzeit gesunkenen Zuweisungszahlen beabsichtigt sei.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage führt hierzu aus, dass Meerbusch mit 600 Plätzen die höchste Anzahl an Notunterkünften im Kreisgebiet vorhalte. Bei Aufgabe der Notunterkünfte bestehe die rechtliche Verpflichtung diese Anzahl innerhalb von fünf Monaten als kommunale Zuweisungen aufzunehmen. Zwar seien aktuell die Zuweisungszahlen stark gesunken, dennoch erwachse allein aufgrund dieser Unterbringungsverpflichtung ein Kapazitätsbedarf, der nur durch die Errichtung zusätzlicher Gebäude gedeckt werden könne.

## **7 Anträge**

### **7.1 Antrag der Fraktion Die Linke und Piraten vom 16. März 2016 betr. Wohnraumschutzsatzung Vorlage: ZD/0109/2016**

#### **Beschluss:**

Die Beratung und Beschlussfassung wird vertagt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Ratsherr Becker erläutert zunächst den Antrag seiner Fraktion.

In der sich anschließenden regen Diskussion besteht zwar Einmütigkeit, dass vorhandener Wohnraum nicht in dem Maße durch gewerbliche Vermietung bzw. Nutzung zweckentfremdet wird, dass sich dies negativ auf den Wohnungsmarkt auswirkt, doch sei die Zahl der unter den angesprochenen Vermittlungsportalen angebotenen Wohnung im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wohnungen recht klein, so dass Zweifel bestehen, hier durch Erlass einer Satzung regulierend eingreifen zu müssen.

Es besteht teilweise noch Beratungsbedarf. Ratsherr Peters stellt daher einen Vertagungsantrag.

## **8 Anfragen**

### **8.1 Anfrage der Fraktion Die Aktiven vom 7. März 2016 betr. Abendwochenmarkt Vorlage: ZD/0046/2016**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, eine Anfrage bei den hiesigen Marktleuten habe ergeben, dass diese kein Interesse an einem Abendwochenmarkt haben.

Ratsherr Staudinger-Napp regt an, durch Plakate in den Warthäuschen an Bushaltestellen Werbung für die Wochenmärkte ähnlich wie für die Winterwelt zu machen.

### **8.2 Anfrage der SPD-Fraktion vom 12. April 2016 betr. Flüchtlingshilfe Vorlage: ZD/0048/2016**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage beantwortet die Anfrage der SPD. Hierzu führt sie aus, dass im Stellenplan 2016 im Vergleich zum Vorjahr der Stellenanteil für den Bereich „Asyl“ von 2,65 auf 6,0 aufgestockt wurde. Zudem sei eine dritte Hausmeisterstelle geschaffen worden. Des Weiteren gebe es eine neue halbe Stelle für die Betreuung der unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlinge sowie einen weiteren Stellenanteil von 0,5 für den Bereich „Asyl“, der aus dem Bereich „Jugendhilfe“ übernommen werde.

Zur Betreuung der beiden Notunterkünfte habe die Bezirksregierung zudem 2 Mitarbeiter abgeordnet. Hierfür seien ursprünglich zwei bis 04/2017 befristete Stellen geschaffen worden, die allerdings mit erfolgter Abordnung und des daraus fehlenden Bedarfes vorerst nicht besetzt wurden.

Bezüglich der in 2015 entstandenen Kosten für den Bereich „Asyl“ führt Bürgermeisterin Mielke-Westerlage aus, dass in 2015 rund 3,4 Mio. € an Kosten entstanden sind. Dagegen habe es Landeszuweisungen von rund 2,4 Mio. € gegeben, sodass ca. 1 Mio. € aus dem städtischen Haushalt finanziert werden musste.

Erster Beigeordneter Maatz ergänzt zu den Fragen wie folgt:

Frage: Welche Erkenntnisse zieht die Verwaltung aus den Vorträgen der in der Flüchtlingshilfe Tätigen im letzten Sozialausschuss?

Die Beratungen des Sozialausschusses vom 07. April 2016 nimmt die Verwaltung zum Anlass, die Aussagen der Initiativen/Vereine in der Flüchtlingshilfe aufzugreifen und für eine hauptamtliche Unterstützung der ehrenamtlichen Akteure durch Zuschussgewährung zu sorgen. Die Verwaltung wird dem Sozialausschuss am 10. Mai 2016 vorschlagen, dem Verein „Meerbusch hilft“ eine Projektmittelpauschale in Höhe von 30.000 € jährlich zum Zwecke der Flüchtlingshilfe in den Stadtteilen Osterath, Strümp, Bösinghoven, Lank-Latum und den Rheingemeinden zu gewähren. Dabei wird unterstellt, dass weiterhin eine stadtweite Kooperation aller in der Flüchtlingshilfe aktiven Träger möglich ist.

Frage: Wie ist die Koordination der Aufgaben zukünftig vorgesehen?

Die stadtweite Koordination der ehrenamtlich Tätigen wird von den Stadtteilkoordinatoren und den derzeitigen und zukünftigen hauptamtlichen Mitarbeitern geleistet. Wenn die neu dazu kommenden hauptamtlichen Mitarbeiter/innen ihre Funktion übernommen haben, wird eine Aufgabenverteilung entsprechend der zukünftigen Herausforderungen nötig sein.

Frage: Welche Schnittstellen der Arbeit im Bereich der Flüchtlingshilfe sind bereits definiert?

Als Querschnittsaufgabe sind die Schnittstellen in der Flüchtlingsarbeit zu / in die Politik, Verwaltungen im RKN, Arbeitsagentur, Wohlfahrtsverbänden, Hilfsorganisationen, Kirchen, Trägern der Flüchtlingshilfe, Sportvereinen und Jugendverbände/Stadtjugendring und Ehrenamtlern, etc. so vielfältig wie in kaum einem anderen Bereich. Diese Kooperationspartner erfüllen unterschiedliche Aufgaben, die ihrerseits weitere zentrale Schnittstellen in der Integrationsarbeit nach sich ziehen. Viele dieser Schnittstellen beschäftigen sich vornehmlich mit einer aktuell zu klärenden Problematik.

Eine verbindliche, tragfähige und vorausschauende Gestaltung der Schnittstellen z.B. zur Arbeitsagentur, dem Jobcenter oder den Integrationspoints ist für eine gelingende Integrationsarbeit unerlässlich. Sobald die personellen Voraussetzungen im Fachbereich Soziales geschaffen sind, können die notwendigen Arbeiten hierzu aufgenommen und entwickelt werden.

Frage: Gibt es Mittel für die Flüchtlingsarbeit beim Kreis?

Der Rhein-Kreis Neuss unterstützt kreisweit folgende Verbände der Freien Wohlfahrtspflege mit Zuschüssen für die Arbeit zur Integration von Zuwanderern, hierzu zählt natürlich auch die Flüchtlingsarbeit. Im Jahr 2015 waren das folgende Zuschüsse:

- Caritas Sozialdienste Rhein-Kreis Neuss GmbH 198.154,27 €
- Diakonie Neuss 13.242,87 €
- AWO Mönchengladbach Familienservice gGmbH 20.372,62 €
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband e.V. 10.551,48 €
- Diakonie Meerbusch 3.839,38 €



Frage: Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Kreis organisiert?

Die Betreuung, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge ist verwaltungsseitig ständiges Thema auf nahezu allen Arbeitsebenen mit dem RKN. Der RKN hat angekündigt, ein eigenes Integrationskonzept erstellen zu wollen und die Städte und Gemeinden zu beteiligen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen zur Erstellung eines Integrationskonzeptes sollen dann in der Integrationskonferenz am 01. Juli 2016 vorgestellt werden.

## **9 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle**

Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

### **9.1 Betriebsgenehmigung Flughafen Düsseldorf**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet über den aktuellen Stand zum Antrag auf Änderung der Kapazitätserweiterung mit Änderung der Betriebsgenehmigung des Flughafens Düsseldorf. Die Offenlage soll in der Zeit vom 25.05 bis 24.06.2016 stattfinden. Folgende Auslegungsorte seien für die Offenlage vorgesehen:

Büderich: Stadtbibliothek, Dr. Franz-Schütz-Platz

Osterath: Verwaltungsgebäude, Bommershöfer Weg 2-8

Lank: Technisches Dezernat, Wittenberger Straße 21

In der Stadtbibliothek in Meerbusch Büderich werden zudem für die Samstage am 28.05., 04.06., 11.06. und 18.06 Ansprechpartner der Verwaltung zur Verfügung stehen.

Des Weiteren verweist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf die geplante Informationsveranstaltung des Flughafens Düsseldorf am 04.05.2016, 18:30 Uhr, im Foyer der Maria-Montessori-Gesamtschule in Meerbusch Büderich. Zudem sei für den 15.06.2016, 19:00 Uhr, eine Informationsveranstaltung der Stadt Meerbusch in der Aula des Mataré-Gymnasiums terminiert.

Ende der Einwendungsfrist sei der 08.07.2016. Am 30.06.2016 werde der Rat der Stadt die entsprechende Stellungnahme beschließen. Zur Vorbereitung werde die Stadt unter Beteiligung weiterer Kommunen ein zusätzliches Gutachten an das Fachbüro Regio Consult vergeben. Darin werde u.a. eine Prüfung der Auswirkungen der Kapazitätserweiterung auf die Flugrouten, eine Überprüfung der engpassfreien Kapazitäten sowie die Auswirkungen auf Schulen, Kitas, Gesundheit und die Entwicklung der Kinder erfolgen. Zudem seien Beratungen in den Fachausschüssen, Ausschuss für Planung und Liegenschaften am 21.06.2016, Bau- und Umweltausschuss am 22.06.2016, vorgesehen.

### **9.2 Warnstreik im Rahmen der Tarifverhandlungen**

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, dass am 27.04.2016 voraussichtlich 27 Erzieher/-innen dem gewerkschaftlichen Aufruf zur Teilnahme an einem ganztägigen Warnstreik folgen werden. Zwar sollten Gruppenschließungen in den städtischen Einrichtungen grundsätzlich vermieden werden, doch sei dies wahrscheinlich nicht ganz möglich. Die übrigen Verwaltungsbereiche seien durch die Warnstreikteilnahme von Mitarbeitern nur in geringem Maße betroffen.

## **10 Termin der nächsten Sitzung: 16. Juni 2016**

Die nächste Sitzung findet gem. Langzeitplan am 16. Juni 2016 statt.

## **11 Verschiedenes**

### **11.1 Änderung des Umsatzsteuergesetzes**

Herr Fiebig informiert, dass eine Änderung des Umsatzsteuerrechts erhebliche Auswirkungen auf die Stadt als Umsatzsteuerpflichtige habe. Der bisherige "Betrieb gewerblicher Art" werde in der seit Jahren bekannten Form nicht mehr bestehen bleiben. Nach dem neuen Recht sei es erforderlich, die Tätigkeiten der Stadt im einzelnen zu analysieren und eine Entscheidung treffen, ob die Leistung umsatzsteuerpflichtig ist oder nicht.

Ein Indiz sei hierbei, ob ein Dritter die gleiche Leistung wie die Stadt anbiete. Wenn die Leistung eines Dritten umsatzsteuerpflichtig sei, dürfte das auch auf die Leistungen der Stadt zutreffen.

Das Gesetz räume eine Beibehaltung des alten Rechts bis zum 31.12.2020 ein, sofern eine entsprechende Erklärung bis zum 31.12.2016 abgegeben werde. Diese Erklärung sei bereits erfolgt.

Ab Herbst 2018 werden im Rahmen eines Projektes die Voraussetzungen für die Anwendung des neuen Rechts geschaffen.

### **11.2 RWI-Studie**

Ratsherr Welsch bittet um Auskunft, ob die Verwaltung schon eine Stellungnahme zur Studie des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) zu den finanzpolitischen Profilen der Städte und Gemeinden im Kammerbezirk IHK Mittlerer Niederrhein erarbeitet habe.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert hierzu, dass die Studie erst am Sitzungstag bei der Verwaltung eingegangen sei und daher noch keine Gelegenheit zur Prüfung bestand.

### **11.3 Vermarktung altes Bauhofgelände**

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes bittet unter Bezugnahme auf eine Werbeanzeige um Auskunft, ob die Verwaltung bereits vor einer Entscheidung des Planungsausschusses ein Düsseldorfer Maklerbüro mit der Vermarktung des alten Bauhofgeländes beauftragt habe bzw. Kenntnis von der Werbeanzeige habe.

Technischer Beigeordneter Assenmacher antwortet, dass dies ohne Auftrag und Wissen der Verwaltung geschehe. Er werde Kontakt mit dem Maklerbüro aufnehmen und auf Unterlassung drängen.

### **11.4 Skaterpark**

Ratsherr Staudinger-Napp bittet um Auskunft zum derzeitigen Stand des Projekts Skaterpark.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage und Technischer Beigeordneter Assenmacher berichten, dass in Kürze ein Treffen mit der Initiatorin Frau Bundrock-Muhs zur Besichtigung eines Grundstücks in der Nähe des Baubetriebshofes in Meerbusch-Strümp stattfindet. Ein kleineres Grundstück in Meerbusch-Osterath mit möglicher Anbindung an das Jugendcafe werde von Seiten der Initiative nicht bevorzugt.

## 11.5 Sirenenstandorte

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass im Mai 2016 neue Sirenen an den Standorten in Langst-Kierst und Buderich aufgestellt und in Betrieb genommen werden. Anschließend sollen die Sirenen an den Standorten Wittenberger Straße in Meerbusch-Lank und Krefelder Straße / Ecke Mollsfeld in Meerbusch-Osterath errichtet werden. Die hierfür im Jahr 2015 bereitgestellten Haushaltsmittel wurden entsprechend übertragen.

Meerbusch, den 3. Mai 2016

---

Angelika Mielke-Westerlage  
Bürgermeisterin

---

Wolfram Olbertz  
Schriftführer/in